

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **38 (1948)**

Heft 9

PDF erstellt am: **19.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

Nochmals der Zucker...

-an- Am 14. März soll über die Zucker-vorlage abgestimmt werden. Das heisst, über die auf mehr als ein Jahrzehnt hinaus geplante Neuordnung der Zuckerwirtschaft und die damit verbundene Neuerrichtung einer zweiten Zuckerfabrik in der Ostschweiz. Ueber eine Sache, welche unsere wirtschaftlichen Gewohnheiten angeblich schwer tangiert. Wird doch ein wichtiges Verbrauchsgut, das im eigenen Lande um ein Mehrfaches teurer hergestellt wird, als im fernen Auslande, unter eidgenössische Fittiche genommen. Die «freie Konkurrenz» wird praktisch «korrigiert». Man will entweder direkt öffentliche Mittel einsetzen, um die neue Fabrik lebensfähig zu machen, oder man will Geld des Konsumenten «in eine bestimmte Richtung» zwingen, will ihn veranlassen, mehr zu bezahlen, als er vielleicht bezahlen müsste, wenn ihm wieder schrankenlos Zucker aus Uebersee oder auch aus nähern Produktionsgebieten zur Verfügung gestellt würde. Das Prinzip der «Preis-ausgleichskasse» wird in der geplanten Ordnung so angewandt, dass der ausländische Zucker um einen gewissen, an sich gar nicht bedenklichen Betrag teurer gemacht; die Differenz zwischen dem, was man «frei bezahlen» würde, und dem, was man infolge der Ordnung zu bezahlen hat, soll unsern Bauern den Anbau von Zuckerrüben, und der neuen Fabrik die Herstellung von Rübenzucker

Irlands neuer Mann

Die letzten Wahlen auf der «Grünen Insel», Irland, haben dem seit beinahe 16 Jahren regierenden Ministerpräsidenten de Valera eine Niederlage gebracht. Der erstmalige Zusammenschluss der Oppositionsparteien zwang de Valera zum Rücktritt. Als Leader der Fine Gael-Partei übernimmt der Rechtsanwalt John A. Costello die Ministerpräsidentschaft des Koalitionskabinetts

möglich machen. Das ist die von den Gegnern der Vorlage so scharf angegriffene «Planwirtschaft».

Fragen wir nun, was eigentlich neu an der Sache sei. Wir haben, um unsern Kornbau nicht gänzlich aussterben zu lassen, eidgenössisch interveniert und den Bauern das Korn zu Preisen abgenommen, die ihnen das Pflanzen ermöglichten. Wir haben das billige Volksbrot eingeführt, damit der Konsument die Folgen einer auf diesem Wege herbeigeführten Verteuerung weniger spüre. Und wir haben jene Leute, die gern weisses Brot essen, mehr bezahlen lassen. Ist das denn nicht dasselbe? Im Prinzip sicher. Aber in der Praxis stösst man auf die unter Staatsfittichen neu zu bauende Fabrik... und auf die Konsumenten-

tenbelastung, statt auf den Konsumentenschutz, wie beim verbilligten Volksbrot.

Folge: Die freisinnige Partei der Schweiz gibt die Stimme frei. Man will die «staatlich geförderte Fabrik», als ein ominöses Vorzeichen für drohende «totale Staatswirtschaft», nicht empfehlen. Die für die Planwirtschaft eingenommene Sozialdemokratie, wenigstens ihr schweizerischer Parteivorstand, gibt ebenfalls die Stimme frei. Ihr Grund dürfte in der Konsumbelastung zu suchen sein. Was wunder, wenn der Landesring nicht nur die Stimmfreigabe, sondern ein grundsätzliches Nein proklamiert. Denn für den Chef des Migros-geschäftes gibt es keinen wichtigeren Begriff, als den der am billigsten zu bekommenen Waren, und seine Kunden dürften mit ihm einverstanden sein. Sie gehören wohl meistens nicht zu den Leuten, die begriffen haben, was wir dem Schutze unserer Landwirtschaft schulden!

Wird die Tschechoslowakei kommunistisch?

Eine historische Entscheidung ist fällig: Soll die Tschechoslowakei unter ausschliesslich kommunistische Führung geraten, oder wird sich die bisherige Staatsform siegreich gegen die totalitären Ansprüche von der äussersten Linken her durchsetzen? Nach dem bisherigen Gang der Ereignisse zweifeln wenige Beobachter am Ausgang des Ringens und sehen höchstens eine Vertagung der Tragödie voraus. Das will sagen, dass sie dem Präsidenten Benesch eine Atempause zubilligen, weil er Benesch heisst und bisher als der Freund Moskaus gegolten. Jeden andern Präsidenten mit anderer Vergangenheit würde Moskau rücksichtslos auf die Seite stellen, wenn er den Plänen der «Kominform» im Wege stünde. Sollte er gehen, so oder so, würde sein Nachfolger erfahren, was die Methoden und Ziele einer sogenannten «Volk-sdemokratie» sind.

Historisch werden die Verhandlungen sein, die zwischen dem Staatspräsidenten Benesch und dem Regierungspräsidenten Gottwald auf der einen Seite, und zwischen Benesch und den Abgesandten der demonstrierenden Kommunisten auf der andern Seite stattfanden. Mit einer Klarheit sondergleichen trat an den Tag, was der Nachfolger Masaryks unter «wirklicher Demokratie» versteht, und welchen Respekt diese lautere Auffassung auch den Gegnern abnötigte. Und ebenso deutlich wurden die zutiefst unfairen Auffassungen der Gegner über die «Bedingtheit» jeder demokratischen und parlamentarischen Spielregel.

Benesch erklärte den Abgesandten der Demonstranten, dass er sich nie dazu verleiten lassen werde, ein «Ministerium von Fachleuten» zu bilden (wie es ihm von Kreisen der Rechten angeraten worden war, welche auf diese Weise die Parteien umgehen wollten). Mit ebensolcher Entschiedenheit sei er dagegen, dass die Kommunisten, als stärkste Partei des Landes, von der Regierung ausgeschlossen würden. Und dass der Führer der Kommunisten, Gottwald, Chef der Regierung bleiben müsse, stehe auch für ihn

fest. Aber, so fuhr Benesch fort: «Wenn ihr mir erklärt, dieser oder jener dürfe nicht in der Regierung sein, so geht das natürlich viel weiter... Als Präsident fühle ich mich verpflichtet, Personen und politische Parteien nicht zur Trennung voneinander zu veranlassen. Vielmehr zur Zusammenarbeit! Wenn die Kommunisten zurückzutreten versuchten, würde ich sie auffordern, es nicht zu tun und bei der Zusammenarbeit zu bleiben. Wollte ich euren Wünschen entsprechen, käme dies einer Einmischung in die Beziehungen unter den Parteien gleich, was ich als Präsident nicht kann...»

Um die Bedeutung dieser Aussprüche richtig zu würdigen, muss man sich überlegen, was in Wahrheit vorausgegangen. Vor ungefähr einer Woche beschloss die Regierungsmehrheit gegen den Willen des Präsidenten Gottwald, den Innenminister zu beauftragen, er möge keine Kommunisten mehr an leitende Stellen der Polizei setzen. Der Innenminister aber, selber ein Kommunist, missachtete diesen Regierungsbeschluss und stellte sich auf den Standpunkt, was die Mehrheit hier verfüge, sei verfassungswidrig. Infolge dieser Weigerung des Ministers, sich dem Beschluss zu unterziehen, zogen drei wichtige Parteien der «nationalen Front», die bisher mit Gottwald zusammengearbeitet hatten, ihre Vertreter aus der Regierung zurück. Es handelte sich um insgesamt 12 Mann, die den «nationalen Sozialisten», der «Volkspartei» und den «slowakischen Demokraten» angehören. In der Rumpfregierung verblieben im wesentlichen nur noch Kommunisten und Sozialdemokraten. Der Ministerrückzug bedeutete einen Protest der Rechten gegen die Schritte des Innenministers, mit andern Worten den Versuch, den Prozess der Polizei-«Bolschewisierung» durch ein massives Handicap zu durchkreuzen.

Nun aber setzte der bolschewistische Gegenprotest ein: Durch die Diktaturpartei mitgerissen, gingen die Arbeiter in den grossen Industriebetrieben aller grösseren Städte, vorab in Prag, fast hundertprozentig auf die Strasse. Es war ein Leichtes, ihnen die Gefahr eines Anschlages von rechts plausibel zu machen. Sollte das Verbot, Kommunisten auf wichtige Polizeiposten zu setzen, nicht der Anfang einer Kampagne gegen den Kommunismus sein? Es hält schwer, sich etwas anderes darunter vorzustellen. Natürlich muss man auch blind sein, wenn man nicht sieht, dass die KP systematisch die Polizei in ihre Hände zu bringen trachtet. Und nichts wird begreiflicher als die Angst der Antikommunisten vor einer solchen Polizei. «Die Polizei beschützt die Demokratie», riefen die Sprechchöre der Demonstranten in Prag. Von einer nicht-kommunistischen Polizei würden sie sicher das Gegenteil behauptet haben.

Die Machtprobe

spielt sich nun um folgende Begehren der Demonstranten und der KP ab: Präsident Benesch soll die Demission der 12 Minister annehmen. Die Regierung soll durch Hereinnahme von Persönlichkeiten ergänzt werden, die sich aus Organisationen rekrutieren,



präsident Gottwald spricht zu den Pragern im Zeichen von Sichel und Hammer.

Letzten Meldungen zufolge will es scheinen, als ob das zukünftige Schicksal der Tschechoslowakei nicht auf dem Prager Hradschin, sondern im Moskauer Kreml entschieden würde. Das Bild unten zeigt das Hauptquartier der Tschechoslowakei (links neben dem Turm), deren Führer der ehemalige Spanienkämpfer und heutige Ministerpräsident Klement Gottwald ist (Photopress)

Hammer und Sichel über der Tschechoslowakei

Der Führer der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Ministerpräsident Klement Gottwald, der sich 1936 in der Internationalen Brigade in Spanien ausgezeichnet hatte, ordnete im Anschluss an die Kabinettskrise die sofortige «Mobilisierung aller Kräfte der Arbeiterklasse» zur «Verteidigung der Sache der Volksdemokratie» an. Um die eigene Revolution besser durchführen zu können, werden sämtliche nicht-kommunistischen Parteien des Umsturzversuches verdächtigt. Unser Bild: Minister-

welche sich über das ganze Land erstrecken. Weniger deutlich sind die von Gottwald und der KP ausgesprochenen Bedingungen, die sich noch in gewissermassen parlamentarischen Formen halten: Die frühern Minister sollen in keinem Falle wieder der Regierung angehören dürfen. Falls die drei Parteien weiterhin im Kabinettsitzen wollen, müssen sie Vertreter stellen, die loyal mit der nationalen Front, sprich mit der KP, zusammenarbeiten wollen, die also ihr und der kommunistischen Massenorganisation im Lande genehm sind.

In solchen Begehren liegt das, was man bei uns «tief unfair» nennen würde, und was in England, dem klassischen Lande westlicher demokratischer Uebung, nicht vorstellbar wäre. Es wiederholt sich, was vordem schon in Ungarn gespielt wurde. Dort sagte man: «Kleine Landwirte... ja! Nur müssen sie das Vertrauen der Kommunisten besitzen!» Das hiess, dass kein wirklicher Parteigegner der Kommunisten bündnisfähig war. Durch aller-

lei Manöver köpfte man die Partei der Kleinlandwirte wiederholt, und zwar so lange, bis nur noch der willfähige Durchschnitt übrig blieb. Genau der gleiche Prozess also wird nun in Prag versucht. Die slowakischen Demokraten, anders gesagt die «suspekten Katholiken», sind natürlich keine über die ganze Republik verbreitete Organisation. Die tschechische Volkspartei ebensowenig. Die «nationalen Sozialisten» sind eine Grenzschicht, mehr intellektuell-kleinbürgerlich als proletarisch. Betrachtet man diese Umstände, und ermisst man die Bedeutung der kommunistischen Agitation, welche überall «Volksräte» ins Leben ruft, dann ist ganz klar, was Benesch zugemutet werden soll: Die Ergänzung der Regierung durch Vertreter von Organisationen, welche gar nicht als «Parteien» im gewöhnlichen Sinne zu betrachten sind.

Das groteske Schauspiel würde so aussehen: Neben den «Parteikommunisten» würden Vertreter gewisser Gewerkschaftsorganisationen sitzen, die beileibe nicht KP-Ver-

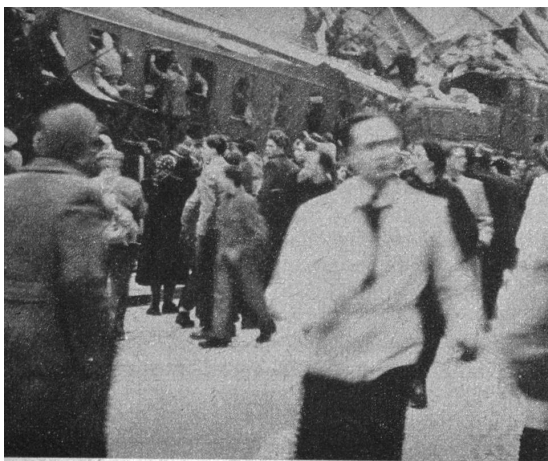
treter wären, sondern unschuldige Gewerkschafter. In Wahrheit aber wären sie doch KP-Leute. Oder es sässen Abgeordnete der linksgerichteten Bauernorganisationen auf den Sesseln... KP-Leute natürlich, aber nicht Vertreter der «Partei», sondern eben der «Bauern». Und dann die Vertreter der neuen Volksräte-Organisation, die sicherlich ebenso gewünscht würden, falls man mit den andern noch nicht durchdränge!

«Benesch ist fallreif»,

genau wie vor ihm der rumänische König, wie die Politiker Maniu und Pettkoff, wie Mikolayczik in Polen, wie die sämtlichen flüchtigen Ungarn, Nagy und Konsorten. Und warum ist ers? Weil er vor der Wahl steht, entweder die Komödie der mehrfachen KP-Vertretung in einer angeblich noch aus den Parteien gebildeten Regierung mitzumachen, die Polizei zu einem Instrument dieser KP werden zu lassen, das Wirkungsfeld seiner eigenen demokratischen Ideen auf ein Minimum einzuengen... oder aber sich dieser Entwicklung entgegenzustellen und damit die äusserste Feindschaft der Kommunisten auf seinen eigenen Hals zu ziehen, Folgerichtig wäre, dass er dem Staatsstreich Gottwalds mit einer entschlossenen Aktion zuvorkäme. Das heisst, dass er die Absichten der KP vor der ganzen Nation entlarven, alle demokratischen Kräfte zur Gegenwehr und damit wirklich die «Reaktion» auf den Plan rufen würde. Keiner weiss besser, als Benesch, was dies alles nach sich zöge. Wider Willen müsste er die Rolle eines Franco und Mannerheim spielen, müsste die Freundschaft aller Elemente in Kauf nehmen, die nach den Köpfen der Kommunisten hungern. Die Dinge liegen nun einmal so, dass die Versöhnung der beiden Lager auch in der Tschechoslowakei heute nicht mehr möglich zu sein scheint. Als einziges Aushilfsmittel gegen die Bolschewisierung der Polizei ein Kommunistausschuss von wichtigen Staatsposten, Ausschluss nicht willfähiger Parteien und Politiker von der Regierung durch die KP, Druck auf Benesch zur Fälschung der parlamentarischen Regierungsbildung... es steht übel!

Natürlich haben wir die Vorgänge in Prag nur als einen bedeutsamen Abschnitt in der nah-östlichen Gesamtentwicklung zu würdigen. Moskau wünscht die Ersetzung des parlamentarischen durch ein «volksdemokratisches» Regime, um gegen alle Möglichkeiten der «amerikanischen Einflussnahme» an der Westgrenze seiner Machtzone gefeit zu sein. Eine nach dem Westen hin orientierte Tschechoslowakei müsste nun einmal das bedenkliche Loch im «eisernen Vorhang» werden, das Tor, durch das alle antikomunistischen Ideen eindringen und die heute mundtot gemachten Oppositionsströmungen in Ungarn, Polen und Rumänien, und wer weiss, auch in der Ukraine wieder beleben würden. Dass die Minister der drei rebellischen Parteien einen entschiedenen Schlag gegen die KP versuchten, dass sie einen veritablen Ausschluss von KP-Leuten aus den Bewerberlisten für die Polizei verfügten, das musste in Moskau alle Alarmglocken in Gang bringen. Kein Wunder, dass Zorin, Adjunkt des russischen Aussenministers, früher Botschafter in Prag, rasch nach der Stätte seines früheren Wirkens flog, um nach dem Rechten zu sehen.

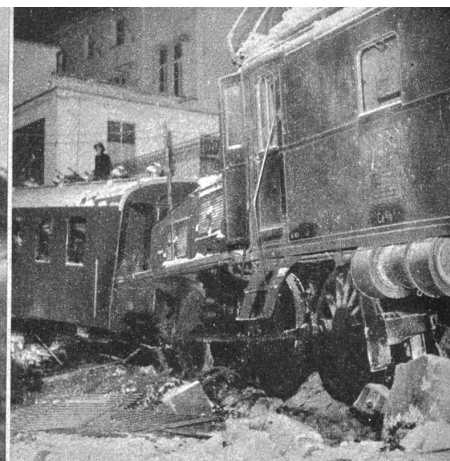




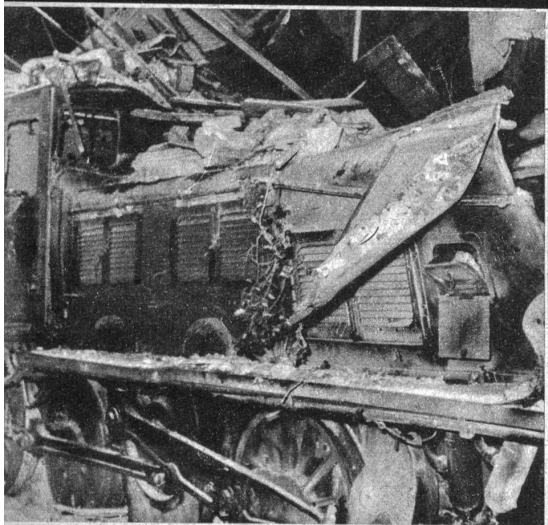
Man sieht die ersten unorganisierten Versuche, in die Waggon einzudringen und Hilfe zu bringen, von wo Stöhnen und Schreie ertönten (ATP)



Bergung der Reisenden aus den ineinandergeschachtelten Wagen. Links am Wagenfenster eingeklemmte Passagiere, die nur mit Mühe aus ihrer qualvollen Lage befreit werden konnten



Unter den Rädern der Lokomotive sieht man die Trümmer des Prellbockes (ATP)



Die völlig demolierte Lokomotive (Güterzugslokomotive mit Vorbau) (ATP)

Der Katastrophenort. Rechts im Bilde das eingestürzte Gebäude (Photopress)

Die Eisenbahnkatastrophe von Wädenswil

Am vergangenen Sonntag um 17.30 Uhr fuhr ein Sportzug von Sattel über Samstagen nach Wädenswil. Wahrscheinlich infolge Versagens der Bremsen konnte die Geschwindigkeit des Zuges nicht mehr kontrolliert werden und dieser fuhr mit voller Geschwindigkeit in Wädenswil auf ein Industriegeleise und in ein dreistöckiges Haus hinein, das über der Lokomotive zusammenstürzte. Die vier ersten Wagen wurden ineinandergeschoben und es gab nach ersten

Meldungen 20 Tote und 48 Verletzte, wovon noch einige in Lebensgefahr schweben. Es handelt sich bei dem Unglückszug um eine von den SBB zusammengestellte Zugskomposition, mit einer Güterzugslokomotive, die auf der stark abfallenden Strecke nicht mehr zum Stehen gebracht werden konnte.



Der Gefängnisbrand in Thorberg

Mittwoch, den 18. Februar, brach in der Strafanstalt Thorberg, wahrscheinlich infolge eines Kamindefektes, ein Grossbrand aus, dem der eine Flügel der Anstalt, nämlich das Korrektionshaus, zum Opfer fiel. Infolge Wassermangels und der starken Bise musste sich die Feuerwehr auf die Rettung der übrigen Gebäude beschränken. Bereits am der Brandnacht folgenden Tag wurde mit den Aufräumarbeiten begonnen. Dabei setzte der Gefängnisdirektor auch zahlreiche Strafgefangene ein. Unser Bild zeigt die Schuttabfuhr. Im Hintergrund das vollkommen ausgebrannte Korrektionshaus (Photopress)



Heirat einer Schweizerin mit einem deutschen Prinzen

In der lutherischen St. Matthews-Kirche von San Francisco (Kalifornien) vollzog Reverend Herman Lucas die Trauung des Prinzen Friedrich Josias von Sachsen-Coburg-Gotha mit Denise Henriette von Muralt, einer 23jährigen Schweizerin aus dem bekannten Geschlechte, das in Zürich und Basel beheimatet ist. Der Prinz stammt aus dem ehemals regierenden Hause des Herzogtums Sachsen-Coburg-Gotha, das 1920 zwischen Thüringen und Bayern aufgeteilt wurde, und ist verwandt mit der englischen und schwedischen Königsfamilie

Drei Kinder erleiden den Flammentod

Auf dem «Brandacker» bei Maladers brach in einem Wohnhaus Feuer aus. Im ganzen Gebäude befanden sich in diesem Augenblick nur drei Kinder im Alter von 1½, 2½ und 5 Jahren. Die Eltern namens Berger-Gruber waren mit einem vierten Kinde in Chur. Trotzdem die Rauchentwicklung rasch bemerkt wurde und Nachbarn versuchten, in die Wohnung durch die Fenster einzusteigen, kamen die Kinder um.



Schweiz. Armeemeisterschaften in Lenk

Der Titel des Schweiz. Armeemeisters 1948 wurde unter den 120 Patrouillen der schweren Kategorie ausgetragen. Als freudige Überraschung gelang es der Landwehrpatrouille des Fw. Otto Bichsel mit einem Vorsprung von vollen 6 Minuten den Titel der Meisterpatrouille der Schweiz. Armee an sich zu reißen. Von links nach rechts: Fw. Bichsel Otto, Gefr. Ludi Arnold, Gefr. Grünig, Gefr. Gaffner (ATP)

Die zweite unserer Olympia-Patrouillen mit Oblt. Wuilloud aus der Geb. Brig. 10 lief in der Lenk unter den 200 Patrouillen ein grossartiges Rennen bis zum Schiessplatz, 1 km vor dem Ziel lag die Patrouille klar in Front, hatte dann aber das Pech, im Schiessen nur 5 Min. Bonifikation zu erhalten und wurde schliesslich trotz der besten Laufzeit von der Olympia-Sieger-Patrouille des Oblt. Zurbruggen mit einer Minute geschlagen.

